

Christdemokratische Internationale verurteilt Indonesiens Ost-timorbesetzung

"Seit 1975 leistet die timoresische Bevölkerung Widerstand gegen die indonesische Okkupation ihres Landes; sie hat den Widerstand auf unterschiedlichste Art und Weise fortgeführt und verdient damit die Anerkennung seitens der Internationalen Gemeinschaft.

Der bewaffnete Kampf in den Bergen, der noch nicht einmal durch eine der bestausgerüstetsten Armeen der Welt beendet werden konnte, hemmt die indonesischen Behörden in der Praktizierung ihrer Politik des Völkermords. Nach Berichten unabhängiger Organisationen (Katholische Kirche, Rotes Kreuz usw.) wird

dennoch die Zahl der getöteten Personen der letzten 10 Jahre auf 200.000 geschätzt, das ist mehr als 1/4 der Bevölkerung. Das timoresische Volk hat seinen Widerstand unterschiedlich gestaltet, ein Beweis dieser Tatsache ist es, daß die Anzahl der Christen von 30% auf 80% angewachsen ist.

Die Christlich-Demokratische Internationale

- verurteilt die indonesische Besetzung Ost-Timors, die eine umfassende Verletzung der Menschenrechte darstellt.

- fordert die im Ausland lebenden Repräsentanten Timors auf, v.a. diejenigen in Australien und Portugal, Vorschläge für eine schnelle Lösung der Lage ihres Landes zu unterbreiten.

- bestätigt die Notwendigkeit die kulturelle Identität des timoresischen Volkes sicherzustellen gleich

welche konkreten Gestalt die Souveränität des Landes annehmen wird.

- empfiehlt, daß durch Gespräche zwischen den Vereinten Nationen und den Regierungen Portugals und Indonesiens, Lösungen gefunden werden müssen, die schnell zur Selbstbestimmung des Volkes von Ost-Timor führen.

- begrüßt die Anwesenheit von Repräsentanten der Timorese Democratic Union in dieser Generalversammlung, einer politischen Organisation, die aktiv für Werte wie Freiheit und menschliche Würde kämpft, ihr übermitteln wir unsere ganze Solidarität."

Übersetzung der Pressemitteilung der Christlich-Demokratischen Internationale in Lissabon vom 6.6.1986

Kommentar:

Skandalöse Osttimor-Berichterstattung

Anläßlich des 10. Jahrestages des indonesischen Angriffskrieges gegen Osttimor und der nachfolgenden Annektion des kleinen Landes haben zwei Südasiakorrespondent(inn)en angesehener bundesdeutscher Zeitungen einen anscheinend koordinierten Versuch gestartet, das Osttimorproblem aus unserer "Pressewelt" zu schaffen.

Verena Stern, die vor allem für die Süddeutsche Zeitung schreibt, begann in der SZ vom 19.7. mit einem Artikel über den "Anschluß an Indonesien". Darin bestreitet sie de facto die Unabhängigkeit Osttimors. Aus einem Angriffskrieg wird eine Art Rettungsaktion der indonesischen Armee, die die timoresische Bevölkerung, die einem "Anschluß" ganz positiv gegenüberstehe, aus dem Chaos eines Bürgerkrieges befreit.

Diese indonesische Original-Propaganda verbreitet Frau Stern, ohne mit einem Wort etwa auf die gegenläufige Sicht der UNO, die die Annektion verurteilt hat, hinzuweisen.

Die andauernden Menschenrechtsverletzungen seitdem, von Kirchen und amnesty international immer wieder festgestellt, unterschlägt sie ebenso. Statt dessen lobt sie den hohen entwicklungspolitischen Einsatz der Indonesier für diese "Region ihres Staates".

Die weiter um die Unabhängigkeit kämpfende FRETILIN wird dagegen von ihr als "eine Bande von Abenteurern und Folterern, die kein Interesse am Wohlergehen der Timoresen haben" beschrieben.

Im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt setzte dann dessen Korrespondent Dietrich Strasser nach. Er behauptet unter Bezugnahme auf einen ungenannten Reuter-Korrespondenten, in Osttimor gebe es "keine Zeichen von Konflikt und Hunger". Kritik an andauernden Menschenrechtsverletzungen der indonesischen Besatzungstruppen stellt er als Machwerk der "Gesellschaft für bedrohte Völker" und namentlich von deren Vorstandsmitglied Klemens Ludwig dar, die dafür von ein paar timoresischen Exilpolitikern aus Portugal bezahlt würden. Auch hier kein Wort über die gleichlautende Kritik der Kirchen, von amnesty international oder etwa des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit Uwe Holtz und 87 weiteren SPD-Abgeordneten, der Grünen im Bundestag, der überwältigenden Mehrheit aller Berichtersteller. Die Christlich-Demokratische Internationale hat noch auf ihrer Tagung am 6.6. 1986 in Lissabon diese Kritik bekräftigt und Indonesien verurteilt.

Ohne Quellen für seine Behauptungen auch nur anzudeuten, diffamiert Dietrich Strasser zwischen den Zeilen alle, die sich für die Wahrung der Menschenrechte in Osttimor bzw. für dessen territoriale Integrität einsetzen, als bezahlte Agenten obskurer Politiker.

In gleich zwei wichtigen bundesdeutschen Zeitungen wurde also versucht, alle bekannten Fakten, die den völkerechtwidrigen Angriffskrieg Indonesiens gegen Osttimor und seine Folgen betreffen, zur (mindestens) "umstrittenen Sache" zu machen. Indem einfach Behauptungen aufgestellt werden, soll die Solidarität mit dem osttimoresischen Widerstand ins Zwielicht gebracht werden. Belege sind für eine solche Rufmordkampagne gar nicht nötig, wenn große Zeitungen bereit sind, so etwas einfach als "Beitrag zur Pluralität der Meinungen" zu verbreiten.

Cui bono? Sicher den indonesischen Besatzern. Ob auch der Geldbörse eines deutschen Ehepaares in Singapur, darüber kann nur spekuliert werden. Verena Stern und Dietrich Strasser sind verheiratet und arbeiten beide in Singapur. Leider für wichtige deutsche Zeitungen.

Frithjof Schmidt